

Zwischen De- und Re-
Nationalisierung. Soziale Sicherung in
Zeiten europäischer Krisen.
Gemeinsame Tagung der Sektionen
Sozialpolitik und Europasozio-
logie in
der DGS. Europa-Universität
Flensburg, 01. – 02. Oktober 2015.
Tagungsbericht.

Thilo Fehmel (thilo.fehmel@uni-bamberg.de)
Bamberg University, Germany

Sozialpolitik dient der Gestaltung von Lebensbedingungen. Beständig schaffen, reproduzieren, modifizieren staatliche Systeme sozialer Sicherung durch institutionalisierte Umverteilungsarrangements Anerkennungs- und Anspruchsverhältnisse – Redistributionsbeziehungen – zwischen sozialen Akteuren. Solche Umverteilungsarrangements setzen die Definition einer Gemeinschaft der formal Gleichen voraus; sie bedürfen einer tragfähigen, umverteilungsfesten kollektiven Identitätskonstruktion. In Europa hat sich im Prozess der Modernisierung und Differenzierung von Gesellschaften im 19. und 20. Jahrhundert der Nationalstaat als zentraler Handlungs- und Konfliktrahmen herausgebildet. Die nationale Zugehörigkeit ist ein wesentliches Bezugsobjekt kollektiver Identität; im national geschlossenen Rahmen werden Fragen sozialer Sicherung verhandelt und Umverteilungsbeziehungen organisiert.

Mit dem Fortschreiten der Integration Europas verlieren jedoch die Reichweite nationalstaatlich geschlossener Rahmung und Regulierung von Umverteilungsbeziehungen einerseits, die Ausdehnung von Sozialbeziehungen selbst, also von Interessenkonstellationen, Konfliktstrukturen und Verteilungsströmen andererseits, mehr und mehr ihre Kongruenz. Statt dessen ergeben sich aus der intendierten politischen und ökonomischen Integration Europas – verstanden als Relativierung nationaler Protektionsräume (Arbeitsmärkte, Sozialsysteme, Währungsräume, Gütermärkte, politische Institutionensysteme etc.) – neue, grenzüberschreitende Mobilitätsbereitschaften und -erfordernisse, neue Wechselwirkungen zwischen (bislang füreinander indifferenten) sozialen Akteuren, neuartige, zunehmend transnationale Solidaritätserwartungen, Verteilungsforderungen und Redistributionsbeziehungen – und damit auch neue, supranationale Regelungsbedürfnisse. Dieser Umstand der Öffnung, der De-Nationalisierung sozialer Sicherung fordert die für Umverteilungsarran-

gements essentiellen, nach wie vor primär national geprägten „Wir“-Konstruktionen heraus.

Aber nicht nur die europäischen Integrationsprojekte, sondern auch die europäischen Krisen der letzten Jahre hatten und haben einen erheblichen Einfluss auf das Verhältnis von Schließung oder Öffnung nationaler Wohlfahrtssysteme. Zum einen verändert(e) die Finanz- und Staatsschuldenkrise nicht nur in den von ihr unmittelbar betroffenen Mitgliedsländern die Wahrnehmung von Handlungsspielräumen: knapper werdende Budgets, stärker werdender Einfluss europäischer Instanzen und erleichterte Durchsetzung von Austeritätspolitiken führten zu sozialpolitischen Anpassungen ungekannten Ausmaßes. Zum anderen werden durch die Legitimitätskrise der EU selbst deren Kompetenzen zunehmend in Frage gestellt und nationale politische Entscheidungen aufgewertet. Durch diese Krisen hervorgerufen sind nunmehr Fragen zum Zusammenhang von Europäisierung und sozialer Sicherung deutlich stärker politisiert als noch vor wenigen Jahren: Die Wahrnehmung sozialer Ungleichheiten im europäischen Maßstab, die Bedingungen transnationaler Solidaritätsbereitschaften und umverteilungsrelevanter „Wir“-Konstruktionen, aber auch die Umstände faktischer Redistributionsbeziehungen und deren supranationale Regulierung sind verstärkt Gegenstand der politischen Diskussion und der medialen Aufmerksamkeit. Damit steht auch das Verhältnis von Öffnung und Schließung von Umverteilungsarrangements, das Verhältnis von De- und Re-Nationalisierung sozialer Sicherung verschärft zur Disposition.

Dieser Konstellation widmete sich eine gemeinsame Tagung der DGS-Sektionen *Sozialpolitik* und *Europasozioologie* am 1. und 2. Oktober 2015 an der Europa-Universität Flensburg. Organisiert wurde sie von *Thilo Fehmel* (Bamberg/Leipzig, Sektion Sozialpolitik) und *Monika Eigmüller* (Flensburg, Sektion Europasozioologie).

Nach einem einführenden Problemaufriss von *Monika Eigmüller* eröffnete *Stephan Leibfried* (Bremen) die Tagung mit Überlegungen zu Verteilungsfragen, die sich aus dem erwartbaren Abschluss des Freihandelsabkommens TTIP ergeben. Von sich gleichsam automatisch einstellenden, unterschiedslos wirkenden verteilungsrelevanten trickle-down-Effekten des Abkommens sei nicht auszugehen. Vielmehr sei absehbar, so Leibfried, dass TTIP ähnlich wie schon frühere Marktöffnungs- und Marktintegrationsprojekte durch einen beschleunigten Strukturwandel auch Integrationsverlierer hervorbringen werde. Es bedürfe daher der sozialpolitischen Flankierung von TTIP, um die sozialen Folgen der Marktöffnung abzupuffern. Angesichts der sozialpolitischen Heterogenität sei dies zwar nicht ohne weiteres durchzusetzen, aber Ansatzpunkte gebe es durchaus: genannt wurden die Idee einer ergänzenden europäischen Arbeitslosenversicherung, europäische Bildungsinitiativen oder die Konstruktion einer europäischen Rückversicherung, die ein integrationsbedingt überfordertes nationales Sicherungsarrangement entlastet bzw. unterstützt. Letztlich, so Leibfried, müsse sich die Überzeugung durchsetzen, dass Sozialpolitik kein Standortnachteil, sondern ein Konkurrenzvorteil Europas im globalen Wettbewerb sein könne. In der Diskussion des Vortrages wurde der wirtschaftliche Wert von Sozialpolitik (Sozialpolitik als funktionales Äquivalent von Protektionismen) vertieft, aber auch darauf hingewiesen, dass schon die binneneuropäische Marktintegration nicht zu nennenswerten sozialpolitischen Kompensationsmaßnahmen geführt habe. Darauf, dass

nun TTIP Impuls für solche Sicherungsmaßnahmen sein könne, sollten also nicht allzu starke Hoffnungen gesetzt werden.

In einem zweiten Eröffnungsvortrag ging die Europarechtlerin *Charlotte Gaitanides* (Flensburg) der Frage nach, welche Rolle Solidarität in den Rechtsgrundlagen der Währungsunion und im Kontext der Euro- und Staatsschuldenkrise spielt. Sie eröffnete damit ein Themenfeld, dass im Rahmen der Tagung immer wieder bearbeitet wurde. Grundsätzlich sei, so Gaitanides, von Solidarität im Kontext sozialer Sicherung dann zu sprechen, wenn Akteure bereit sind, die Angelegenheiten anderer Akteure als eigene Angelegenheiten anzuerkennen und zugunsten dieser Anderen Nachteile in Kauf zu nehmen, auch in der prospektiven Erwartung, dass sich die aktuell Begünstigten in einer zukünftigen Konstellation reziprok verhalten werden. Zudem solle von solidarischen institutionalisierten Umverteilungssystemen Gaitanides zufolge nur dann die Rede sein, wenn sie dauerhaft und explizit vor dem ersten konkreten Schadenseintritt eingerichtet werden, wenn darüber hinaus die Rechte und Pflichten der Mitglieder des Solidarverbandes im Vorhinein rechtlich klar definiert sind (insbesondere was ihre leistungsäquivalente Beteiligung an Redistributionsmaßnahmen betrifft), und wenn die Umverteilungsansprüche der Begünstigten konditioniert, also vor allem an die Auflage gekoppelt sind, den Zustand der Unterstützungsbedürftigkeit aktiv und baldigst zu überwinden. Vor dieser Folie erweist sich, dass der Euro-Rettungsschirm (bestehend aus EFSF und EFSM) als erste Reaktion auf die Haushaltskrisen einiger Euroländer eine Rettungsaktion ohne solidarische Strukturen war. Bei der Einrichtung des Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM) wurden hingegen die genannten Solidaritätsgedanken verwirklicht. Gleichwohl sei dies nur ein Hilfskonstrukt und die second best-Lösung: würde man sich auf eine vergemeinschaftete europäische Fiskalpolitik verständigen, dann würden sich auf Solidarität rekurrierende – und damit immer auch prekäre, weil identitätsrelevante – Umverteilungsarrangements im Euroraum erübrigen.

Unter der gemeinsamen Überschrift „Theorie(en) der Krisendynamik“ entwickelten im anschließenden Panel Maurizio Bach, Christian Lahusen und Nikola Tietze Überlegungen zum Zusammenhang von Ungleichheit und Solidarität in denationalisierten Kontexten.

In einem engagierten Beitrag vertrat *Maurizio Bach* (Passau) die These, dass die sozialen Verwerfungen in den Krisenländern der europäischen Peripherie direkt politischen Entscheidungen der Europäischen Union zuzurechnen seien. Bach sieht die Krise(n) als Kulminationspunkt einer längeren supranationalen institutionellen Entwicklung, deren soziale Folgen sich insbesondere in den Sozialstrukturen der südlichen EU- bzw. Euroländer auf dramatische Weise manifestierten. Aus der Kombination von Maßnahmen innerer Abwertung (äußere bleibt den Mitgliedern der Eurozone durch die Währungsunion ja versagt) einerseits und einer radikalen Austeritätspolitik als Reaktion auf die Staatsschuldenkrise andererseits ergeben sich neue, verschärfte soziale Ungleichheiten, und zwar mehrdimensional: Denn die Folgen des europäischen Integrationsprozesses und des europäischen Krisenmanagements (Stichwort: Troika) zeigten sich zwar in erster Linie in einer besonders harschen Verschärfung der sozialen Ungleichheiten innerhalb der betroffenen Nationalgesellschaften, aber eben auch in einer nachhaltigen Verfestigung der historischen sozio-territorialen Trennlinie zwischen Peripherie und Zentrum, zwischen

ökonomisch rückständigen und wettbewerbsstarken, zwischen armen und wohlhabenderen Ländern und Regionen, letztlich also im blanken Gegenteil dessen, was das europäische Projekt von Binnenmarkt und Währungsunion einst in Aussicht gestellt habe. Gerade darin zeige sich, so Bach, zudem der eklatante Mangel an transnationaler Solidarität: Die Kosten für den Erhalt des Euro werden externalisiert und treten als soziale Kosten in den Gesellschaften der Peripherie in Erscheinung. Auf diese Weise gehe die Europäisierung der Ungleichheit einher mit einer Renationalisierung der Ungleichheitskonflikte – und mit einer Abwendung der Bevölkerungen von Europa, gleichsam also mit „negativer Europäisierung“. Für das europäische Projekt sind das keine guten Aussichten.

Mit dem anschließenden Vortrag plädierte *Christian Lahusen* (Siegen) dafür, bei der Suche nach Solidaritätspotentialen in Europa nicht allein die nationale und die supranationale Ebene in den Blick zu nehmen. Zwar sei Solidarität ein vertraglich kodifiziertes Leitbild der Europäischen Union. Aber erstens stoße dieses kodifizierte Solidaritätsprinzip durch das ebenfalls kodifizierte Subsidiaritätsprinzip der Europäischen Union regelmäßig an seine Grenzen. Vor allem aber gehe durch diese Fokussierung auf die Bedeutung staatlich organisierter Solidaritätsbeziehungen der Blick auf *gesellschaftliche* Solidaritätspotentiale transnationaler Art verloren. Derartige Solidaritätsbeziehungen auf „Bürgerebene“ könnten aber durchaus von einigem Redistributionsgewicht sein, und zwar gerade dort, wo das Bemühen um supranationale Umverteilungsarrangements erfolglos bleibt. Nähert man sich dem sozialen Phänomen „Solidarität“ aus dieser Richtung, dann bedarf es zunächst einer theoriengestützten konzeptionellen Herangehensweise, die über die Betrachtung staatlich organisierter Solidarität hinaus- oder besser: ihr vorausgeht. Sinnvollerweise sollte eine solche Konzeption, so Lahusen detailliert, zwischen Einstellungen und Praktiken der Bürger als zwei Dimensionen von transnationaler Solidarität unterscheiden. Auf diese Weise geraten – institutionalisierten Solidaritätsbeziehungen wie etwa nationalen Sozialpolitiken gleichsam vorgelagert – handlungsleitende soziale Normen ebenso in den Blick wie soziale Prozesse der Produktion und Reproduktion von umverteilungsrelevanten Zugehörigkeitskategorien einschließlich der entsprechenden Diskurse im öffentlichen Bereich. All dies vergleichend zu untersuchen und aus den Ergebnissen nicht nur Erklärungen für die Möglichkeiten und Grenzen beobachtbarer transnationaler Solidarität, sondern auch politische Empfehlungen für deren Stärkung abzuleiten, ist Anliegen des Verbundprojektes *transSOL*, mit dessen Vorstellung Christian Lahusen seinen Vortrag beschloss.

Der Herausbildung von Solidaritätsbeziehungen muss die Wahrnehmung von Ungleichheit logisch zwingend vorausgehen. *Nikola Tietze* (Hamburg) übernahm es, sich der Frage der Ungleichheit als Voraussetzung von Solidarität zuzuwenden – und im Kontext des Tagungsthemas auf eine weitere Möglichkeit der Thematisierung von Ungleichheit hinzuweisen: auf Ungleichheitskonflikte in Europa. Mit dem Modell der Konfliktgrammatik legte sie ein theoretisches Konzept vor, das sich für die Analyse von Konfliktkonstellationen ebenso eignet wie für die Analyse ihres Wandels. Tietze zufolge ergibt sich Konfliktgeschehen grundsätzlich aus dem Zusammenspiel einer Konfliktsyntax (strukturelle Dimension, z.B. die beteiligten Akteure), einer Konfliktphonologie (der Art, wie sich ein Konflikt manifestiert, z.B. Gewalt oder Rechtsstreit) und einer Konfliktsemantik (den Deutungen und Werten, die durch Konfliktpraxen von Akteuren transportiert werden). Der

Möglichkeitsraum, in dem aus der Wahrnehmung von Ungleichheiten ggf. konflikatives Ungerechtigkeitsempfinden erwächst, ist nahezu unerschöpflich. Aber er ist nicht unbegrenzt. Die traditionelle Form der Begrenzung ist der nationale Rahmen, innerhalb dessen sich nicht nur Normen und Werte, sondern auch Konfliktkulturen etabliert haben. Europäisierungsprozesse weichen diese nationalen Rahmen jedoch zunehmend auf; insbesondere in Durchsetzung des gemeinsamen europäischen Binnenmarktes verändern sie Syntax, Phonologie und Semantik zahlreicher Ungleichheitskonflikte. An Beispielen zeigt Tietze, wie neue, erweiterte, transnationale Akteurskonstellationen neue, oft ungewohnte Formen der Konfliktaustragung erzwingen, bei denen die Konfliktbeteiligten zudem neue, europäisierte Wertmaßstäbe, etwa EU-weit geltende Gleichheitsnormen und Diskriminierungsverbote, zu beachten haben. Dass Europäisierungsprozesse so Ungleichheitskonflikte dynamisieren, ist offensichtlich. Ob diese Dynamik zur weiteren De- oder aber zur Re-Nationalisierung der Konfliktbearbeitung führt, ist damit keineswegs entschieden, sondern von Fall zu Fall und immer wieder empirisch zu prüfen.

Auf dem Fundament dieser theoretischen Grundlegungen ging es am zweiten Tagungstag darum, mit spezifischen Zugängen Fragen sozialer Sicherung und Solidarität in Zeiten europäischer Krisen zu erörtern. Den Beginn machte *Alexandra Kaasch* (Bielefeld), deren Vortrag von der Annahme ausging, dass in einer zunehmend globalisierten Welt auch Krisenphänomene nicht mehr auf nationale Volkswirtschaften und politische Systeme beschränkt bleiben – und entsprechend auch zunehmend globale oder zumindest transnationale Krisenreaktionsmuster auszumachen sein müssten. In einem Vergleich der globalen Krisen der 1970er und der 1990er Jahre mit der Wirtschafts- und Finanzkrise 2007/08 untersuchte sie, welche global agierenden politischen Akteure sich in diesen Krisen jeweils mit welchen sozialpolitischen Handlungsempfehlungen zu Wort gemeldet haben und welche eigenen Initiativen sie ergriffen haben, um aus ihrer Position heraus und mit ihren Mitteln die Krisenfolgen zu bekämpfen. Dabei zeigte sich zunächst, dass die Reaktionszeiten der untersuchten Akteure auf die jeweilige Krise immer kürzer wurden. Zugleich wurde deutlich, dass – verglichen mit global agierenden Akteuren wie der ILO, der OECD, der WHO oder des IWF – EU-Akteure vergleichsweise spät und relativ zurückhaltend auf Krisenphänomene reagiert haben und dass ihre Empfehlungen – gemessen an den Positionen anderer Akteure – sehr ambig und ambivalent ausfielen.

Wie soziale Krisenfolgen wahrgenommen und Reaktionsmöglichkeiten eingeschätzt werden, war auch Inhalt des Vortrages von *Jenny Preunkert* (Leipzig). Sie richtete ihren Fokus jedoch nicht auf politische Akteure mit Gestaltungsansprüchen, sondern auf die Krisenwahrnehmungen der europäischen Bevölkerung. Konkret wandte sie sich dem Problem der in einigen Ländern der Eurozone im Krisenverlauf zunehmenden Arbeitslosigkeit zu. Ausgangspunkt ihrer Überlegungen war dabei der europasociologische Befund einer krisengetrieben sich ausweitenden transnationalen Politisierung sozialer Probleme. Vor diesem Hintergrund verfolgte Preunkert die These, dass Arbeitslosigkeit als soziale Folge der wirtschaftlichen Krise in den Jahren 2009ff. zunehmend als ein europäisches (und das heißt: supranational zu bearbeitendes) Problem angesehen wird – und zwar sowohl in den besonders krisenbetroffenen Staaten selbst als auch von den Bevölkerungen jener Staaten, die von der Krise und den daraufhin ergriffenen Maßnahmen weniger betroffen

waren bzw. sind. In Auswertung von Eurobarometer-Daten aus den Jahren 2010 und 2014 zeigten sich durchaus Hinweise für eine solche zunehmende Europäisierung des Problems Arbeitslosigkeit; wenngleich auf insgesamt so niedrigem Niveau, dass sich politische Handlungsanweisungen daraus nicht ableiten lassen. Hinzu kommt: In dem Maße, in dem die nationale Zugehörigkeit an Erklärungskraft für die Adressierung der Problembearbeitung verliert, in dem Maße gewinnt die individuelle Zugehörigkeit zu politischen Lagern im Links-Rechts-Spektrum an Bedeutung. Somit kann zwar von einer europaweiten Angleichung arbeitslosigkeitsbezogener Einstellungen nach wie vor nicht die Rede sein, wohl aber von Tendenzen zu deren Trans- und De-Nationalisierung, mithin von sozialer europäischer Integration. Inwieweit sich diese Entwicklung auch nach Abklingen der Krise fortsetzt, und inwieweit sie auch für die Nicht-Euroländer der EU gilt, bleibt weiterer Forschung vorbehalten.

Dass die europäischen Krisen der letzten Jahre auch einen erheblichen Einfluss auf die Arbeitsbeziehungen hatten und haben, machten die beiden folgenden Vorträge deutlich. *Vera Glassner* (Linz) berichtete Forschungsergebnisse zu der Frage, unter welchen Bedingungen Gewerkschaften und Eurobetriebsräte (EBR) transnationale Kooperations- und Solidaritätsbeziehungen schaffen und aufrechterhalten können, und ob die Wirtschaftskrise 2008/09 diese Gelingensbedingungen verändert hat. In Anwendung institutionalistisch-feldtheoretischer Axiome zeigte Glassner anhand eines Vergleichs der beiden europaweit produzierenden Automobilhersteller GM-Opel und VW, dass es vor allem die krisenunabhängig unterschiedlichen Selbstverständnisse und bestehenden institutionellen Logiken der jeweiligen EBR waren, die darüber entschieden, wie sie während der Krise agierten und auf die unternehmerischen Bemühungen der Krisenbewältigung (Werkschließungen, Produktionsverteilungen, Ausspielen von Produktionsstandorten) reagierten. Wo wie bei GM-Opel im EBR eine grundständige Wettbewerbslogik vorherrscht, bei der transnationale Kooperation oft von nationalen Standortinteressen durchsetzt ist, verschärft die Krise eher die ohnehin bestehenden offenen Verteilungs- und Arbeitskonflikte. Wo hingegen wie bei VW die EBR-Arbeit generell von starker Kooperation geprägt ist, ist sie es auch in Krisenzeiten, sichtbar nicht zuletzt an einem starken transnationalen Zusammengehörigkeits- und Solidaritätsgefühl der Belegschaften. Das, so Glassner, lässt sich mit situativer rationaler Interessenverfolgung allein kaum erklären. Vielmehr stellen institutionelle Logiken (vergleichbar den von Nikola Tietze eingeführten Grammatiken) unabhängig von konkreten Akteuren einen Deutungs- und Handlungsrahmen bereit, der im sozialen Feld bereits existiert und dann auch in Krisenzeiten handlungsleitend wirkt.

Auch *Torsten Müller* (Brüssel) widmete sich in seinem Vortrag dem Einfluss der Krisen in Europa auf die Arbeitsbeziehungen. Anders als der Beitrag zuvor ging es ihm allerdings weniger um das Handeln der Arbeitsmarktakteure selbst als vielmehr um die institutionellen Rahmenbedingungen, die dieses Handeln strukturieren. Gleichsam ergänzend zu den Darlegungen Maurizio Bachs zeigte Müller eindrücklich, dass sich im Zuge der Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise in einigen EU-Staaten ein Politikstil durchsetzte, der auch auf die (dem Grunde nach autonome) Tarifpolitik in den Krisenländern durchschlug. Dieser „europäische Interventionismus“ ist die Folge der krisengetriebenen Verlagerung politischer Gestaltungskompetenzen, weg von den nationalen Ebenen hin zu den Exekutivorganen auf supranationaler Ebene. Deren Reaktionsarsenal (bestehend im Wesentli-

chen aus Austeritätspolitiken sowie Forderungen nach tiefgreifenden strukturellen Reformen und gepaart mit der Möglichkeit, supranationale Unterstützungsmaßnahmen von der nationalen Umsetzung dieser Maßnahmen abhängig zu machen) führte in den krisenbetroffenen Ländern nicht nur zu dem oft beschriebenen Sozialabbau, sondern auch zu Eingriffen in Lohnsetzungsverfahren und Lohnentwicklung. Viele Einzelmaßnahmen (etwa die Abschaffung nationaler Tarifverträge, die Vereinfachung von Tarifabweichungen, die Verschärfung von Kriterien zur Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen, aber auch das Einfrieren oder gar Absenken von gesetzlichen Mindestlöhnen) hatten in den untersuchten Ländern nicht nur eine Dezentralisierung der Verhandlungssysteme (sinkende Tarifdeckung) zur Folge, sondern führten auch insgesamt zur Dekollektivierung der Arbeitsbeziehungen. Das aber, so Müller, sei als Krisenreaktion keineswegs zwingend. Eher sei zu konstatieren, dass supranationale Akteure wie die Europäische Kommission die Krise als ein *window of opportunity* nutzten, um die Arbeitsbeziehungen ihren ohnehin bestehenden Vorstellungen entsprechend anzupassen.

Der letzte Vortragsblock der Tagung widmete sich dann noch einmal explizit den Möglichkeiten und Mechanismen europäisierten Solidaritäten. Mittels einer vergleichenden quantitativen Mediananalyse von Printmedien in Griechenland und Deutschland ging *Jochen Roose* (Wrocław) der Frage nach, wer im Verlauf der Staatsschuldenkrise und der daraus resultierenden Rekonfiguration von transnationalen Umverteilungsbeziehungen wem Verantwortung wofür zuschreibt. Theoretisch, so Roose, ließen sich diese Zuschreibungen erklären mit voneinander unterscheidbaren Interessen der politischen Akteure: In Anlehnung an das bekannte *blame avoidance*-Theorem seien sie zunächst daran interessiert, Schuldfragen von sich zu weisen, Erfolge aber sich selbst zuzuschreiben. Andererseits erfolgen Verantwortungszuschreibungen immer auch mit dem Ziel, den eigenen Handlungsspielraum zu vergrößern und Machtressourcen (etwa Wählerpotentiale) zu festigen. Die vorläufigen Ergebnisse der Analyse deuten an, dass in den jeweiligen Diskursen zwar unterschiedliche Interpretationen der Situation zutage traten (was ja gemeinhin als Krisenindikator gewertet wird). Allerdings gibt es keine Hinweise darauf, dass sich im Zuge der Staatsschuldenkrise die diesbezüglichen Diskurse signifikant europäisiert hätten. Vielmehr ist von getrennten, kaum aufeinander Bezug nehmenden Mediendebatten und daraus abgeleitet von national ausgetragenen Konflikten auszugehen. Für transnationale Umverteilungsbereitschaften und Solidaritätsbeziehungen sind das keine begünstigenden Bedingungen. In der Diskussion wurde jedoch kritisch angemerkt, dass eine Analyse von Printmedien nur begrenzt geeignet sei, die Interpretationen und Zuschreibungen politischer Akteure zu untersuchen, da sie ja ihrerseits schon Interpretationen von Interpretationen seien.

Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Systemintegration zum Zwecke der Krisenbewältigung (erkennbar etwa wie beschrieben an diversen fiskalischen Stabilitätsmechanismen) und angesichts der ebenfalls von einigen Vortragenden beschriebenen, sich vertiefenden *divided sovereignty* sowie supranational bestimmter Austeritätspolitiken drängt sich die Frage auf, wie eigentlich die europäischen Bevölkerungen zu diesen Formen „amtlicher“, oft austeritätspolitisch konditionierter Solidarität stehen. Um den Begriff der Solidarität für die Einstellungsforschung handhabbar zu machen, zerlegte *Holger*

Lengfeld (Leipzig) diese Frage in mehrere quantifizierbare Einzelaspekte. Diese umfassen das Ausmaß der grundsätzlichen Unterstützungsbereitschaft der Befragten, ihre konfliktanzeigende sozioökonomische Verteilung, ihre wert- oder aber zweckrationalen Motive zur Unterstützung und schließlich die Erwartungen, die die Befragten im Kontext ihrer Hilfsbereitschaft an die Unterstützungsempfänger herantragen. Daten aus zwei Eurobarometer-Wellen und einer weiteren Umfrage unter Deutschen und Portugiesen zeigen überraschende Ergebnisse. Die Bereitschaft der Europäer zu solidarischem Handeln, also zur transnationalen, unter Umständen auch teuren Unterstützung anderer europäischer Gesellschaften war höher als plausibel erwartet werden konnte. Die Befragten begründeten sie zudem in unerwartet starkem Ausmaß wertrational. Ihre soziostrukturelle Selbstverortung war weniger einflussreich als angenommen. Vor allem aber zeigt sich, dass die Befragten die Unterstützung der krisengetriebenen Gesellschaften vergleichsweise wenig von Kürzungspolitik in den Nehmerländern abhängig machten. Zeigt sich darin eine der europäischen Systemintegration entsprechende Sozialintegration? Ja, weil in den Befunden durchaus Ansätze eines europäisierten Problembewusstseins anstelle gegenseitigen Desinteresses erkennbar werden. Nein, weil es sich um Befunde einer Momentaufnahme der Jahre 2010-2012 und partiell aus einem Zweiländervergleich handelt, die nicht ohne weiteres generalisiert werden können. Und Nein auch, weil einige Detailbefunde dann eben doch den Befund einer generellen und bedingungslosen Hilfsbereitschaft relativieren.

Was bleibt als Ertrag der Tagung? Sie hatte das Ziel, über die politische und ökonomische Integration Europas hinaus nach dem Zusammenhang von Sozialpolitik und sozialer Integration im trans- bzw. postnationalen Maßstab zu fragen. Die Vorträge und deren jeweilige Diskussion brachten eine Vielzahl von Facetten zum Vorschein, die bei der Erörterung dieser Frage zu berücksichtigen sind. Im Ergebnis zeigt sich, wenig überraschend, eine komplexe Gemengelage an Befunden, aus denen sich eine eindeutige oder auch nur dominierende Entwicklungsrichtung nicht ableiten lässt. Vielmehr lassen sich einerseits Hinweise finden, dass die Ansätze der Institutionalisierung supranationaler Unterstützungssysteme und Sicherungsarrangements über den Weg zunehmender Politisierung transnationale soziale Integrationseffekte nach sich ziehen (De-Nationalisierung). Das gilt etwa für den Befund, dass die Bevölkerungen Europas ein zunehmendes transnationales Problembewusstsein entwickeln und entsprechende Solidaritätsbereitschaften zeigen, oder dass sie die Verantwortung für die Bearbeitung sozialer Krisenfolgeprobleme verstärkt der europäischen politischen Ebene zuweisen. Andererseits erschwert die bislang weitgehend fehlende postnationale kollektive Identität sozialer Akteure wie auch das Fehlen eines europaweiten öffentlichen Raumes zur medialen Stabilisierung supranationaler Politisierungstendenzen nach wie vor die Bemühungen um transnationale Unterstützungssysteme und Sicherungsarrangements – und begünstigt so auch immer wieder das Wiedererstarken nationaler Identitätsbezüge (Re-Nationalisierung). Schließlich: Wie so oft ergeben sich aus der Klärung offener Fragen neue offene Fragen. Sind die beschriebenen krisengetriebenen De- und Re-Nationalisierungstendenzen nachhaltig? Oder pegelt sich das Verhältnis von Öffnung und Schließung nationaler Wohlfahrtssysteme nach dem Abklingen der Krise(n) wieder nahe des Ausgangszustandes ein? Wie wirken weitere „Krisen“ auf dieses Verhältnis, etwa die

Flüchtlings“krise“, die auf der Tagung zu Illustrationszwecken erwähnt, noch nicht aber analytisch beleuchtet werden konnte? Diese und andere Fragen zeigen an: Die Bedingungen, Ursachen und Folgen der postnationalen Konstellation sozialer Sicherung werden der Europasozio­logie wie der Sozialpolitikforschung auch weiterhin als Gegenstand erhalten bleiben – gern auch in zukünftiger gemeinsamer Bearbeitung durch die beiden DGS-Sektionen.